Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 604. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 200.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich sechsmal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Freitag-Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme d. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus. Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Freitag, 27. Dezember 1907.

Geschäftsstelle in Berlin. Dessauerstraße 14. Telephon-Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Zur Frage des Tarifvertrages.

Während der jüngsten Etatsberatten im Reichstage ist die Frage der rechtlichen Regelung des Tarifvertrages nur vorübergehend gestreift worden, und weder die verschiedenen Parteien noch der Staatssekretär des Innern haben Veranlassung genommen, sich eingehender zu dieser Angelegenheit zu äußern. Da aber das Zentrum zur zweiten Lesung des Etats seinen früheren, die rechtliche Regelung des Tarifvertrages bezweckenden Antrag bereits wieder eingebracht hat und die Nationalliberalen gewillt erscheinen, diesem Vorgehen sich anzuschließen, so hat man mit peinlicher Gewißheit damit zu rechnen, daß der Tarifvertrag in den bevorstehenden Reichstagsdebatten eine größere Rolle spielen wird. Unter diesen Umständen erscheint es wohl angezeigt, die Grundlage zu prüfen und festzulegen, auf der sich unseres Erachtens diese Erörterungen aufzubauen haben.

Es ist das um so notwendiger, je deutlicher gewisse amtliche Publikationen erkennen lassen, daß in Regierungskreisen die Neigung besteht, den kollektiven Arbeitsvertrag nicht nur als eine durchaus berechtigte Erscheinung in unserem Wirtschaftsleben zu betrachten, sondern in ihm auch ein hervorragendes Mittel zur Förderung und Sicherung des sozialen Friedens zu erblicken. Gehen doch die Schlußfolgerungen, mit welchen das kaiserliche Statistische Amt die Ergebnisse der Enquete über Zahl und Umfang der in Deutschland bestehenden Tarifverträge der Oeffentlichkeit übergeben hat, dahin, daß es sich heute nicht mehr um die Frage, ob Tarifvertrag oder nicht, handeln, sondern nur noch um die Frage, in welcher Weise die gesetzliche Regelung des Rechts des Tarifvertrages zu bewerkstelligen sei.

Man kann ruhig zugeben, daß die Entwickelung des Tarifvertragswesens in Deutschland in den letzten zehn Jahren eine überraschend schnelle gewesen ist und daß die zwischen 3000 und 4000 schwankende Zahl der Tarifverträge, sowie die Zahl der von ihnen erfaßten Arbeiter, die auf 700 000—800 000 geschätzt wird, eine nicht unerhebliche Bedeutung für die Beurteilung unseres sozialwirtschaftlichen Lebens gewonnen haben, und doch der Anlaß sein, daß über die grundsätzliche Würdigung der Frage des kollektiven Arbeitsvertrages auch heute noch nicht so ohne weiteres zur Tagesordnung übergegangen werden sollte. Gerade in der Entwickelung, welche das Tarifvertragswesen genommen hat, liegt unserer Auffassung nach eine ernste Mahnung, die voraussichtlichen Endziele dieser Bewegung auf das sorgsamste zu prüfen und darauf bedacht zu sein, daß die mit ihr verknüpften Vorteile schließlich nicht durch wesentliche Nachteile für die Gesamtheit allzu teuer erkauft werden.

Der Umstand, daß die Sozialdemokratie innerhalb des letzten Jahrzehnts aus einem entschiedenen Gegner der Hauptträger der Tarifvertragsbewegung geworden ist, sollte doch zu denken geben. Noch im Jahre 1897 erklärte das Leipziger Gewerkschaftskartell, daß eine Gewerkschaft, welche Anhänger der Tarifgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei, als „nicht auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung stehend" betrachtet werden müsse. Zwei Jahre später aber war den „Genossen" schon die Erkenntnis gekommen, daß jeder Tarifvertrag „als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer" neben dem praktischen Nutzen auch einen moralischen Vorteil für die Arbeiter involviere, und heute hat die Sozialdemokratie längst die Führung in der Bewegung zugunsten des kollektiven Arbeitsvertrages übernommen in der Ueberzeugung, damit eine wertvolle und wirksame Waffe gegen das Unternehmertum und ein starkes Pressionsmittel gegenüber dem einzelnen Arbeiter in die Hand zu bekommen.

Wir leugnen durchaus nicht, daß die kollektive Festsetzung der Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, rein theoretisch betrachtet, auch für den ersteren gewisse Vorteile mit sich bringen kann, die namentlich in der Sicherung vor Betriebsstörungen durch Streiks, in der Stabilität der Geschäftsführung und in der Hintanhaltung der Schmutzkonkurrenz bestehen, aber diese Vorteile sind doch nur sehr problematischer Natur. Die Erfahrung hat gezeigt, daß auch bei Geltung des Tarifvertrages es den Arbeitnehmern keineswegs schwer fällt, einen Anlaß zu Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber und zu Streiks zu finden, wenn sie einen solchen Anlaß finden wollen. Lohnfragen und Arbeitszeit bilden längst nicht mehr die alleinige Quelle oder die alleinige Basis für die Streikgelüste sozialdemokratischer Arbeiterorganisationen. Jenen problematischen Vorteilen des Tarifvertrages für den Arbeitgeber stehen aber prinzipielle Bedenken und sichere praktische Nachteile in solcher Fülle gegenüber, daß die Vorteile gänzlich illusorisch gemacht werden.

Von den prinzipiellen Bedenken, die namentlich in der Beschränkung der Dispositionsfreiheit des Arbeitgebers im eigenen Betriebe und in der Ausschaltung der Idee des gerechten Lohnes infolge der Nivellierung der Arbeitsbedingungen der Individuen liegen, wird man, so schwerwiegend sie an sich sind, heute freilich kaum noch eine durchschlagende Wirkung erwarten dürfen, nachdem sich die Mehrzahl der Arbeitgeberorganisationen auf die Bahn des kollektiven Arbeitsvertrages hat drängen lassen. Aber wir glauben — oder vielmehr wir fürchten —, daß die bedenklich nahe gerückte Zeit einer ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur unsere Arbeitgeber in recht unliebsamer Weise auf die Schattenseiten des Tarifvertrages hinweisen wird, der den Arbeitgeber auch in den Zeiten einer Krisis an die einmal festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen bindet.

Aber schließlich würde man die unleugbaren Opfer und Lasten, welche der Tarifvertrag dem Arbeitgeber auferlegt, doch vielleicht noch in den Kauf nehmen können, wenn auf diesem Wege ein dauernder Interessenausgleich, eine dauernde Sicherung des sozialen Friedens erreicht werden könnte. Wie wenig aber daran zu denken ist, lehren die Tatsachen und lehrt die offen ausgesprochene Auffassung der ganzen Tarifbewegung auf sozialdemokratischer Seite. Im offiziellen Organ der Generalkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften hieß es erst vor kurzem: „Sobald die Arbeiter sich bewußt sind, daß sie eine besondere Klasse bilden, die ihre eigenen, weit über den Tarifvertrag hinausgehenden und der kapitalistischen Ausbeutung entgegengesetzten Interessen hat, so werden sie jeden Tarifvertrag nur als eine Etappe, als den ersten Schritt auf dem Wege, zu dem jeder Fuß breit erkämpft werden muß, betrachten ... Für den Unternehmer bleibt das treibende Motiv der Vertragschließung das Bedürfnis nach Ruhe — für die Gewerkschaften die Voraussetzung weiterer Forderungen ... Unsere Gewerkschaften und vor allem ihre leitenden Kreise sind einig in der Bewertung der Tarifgemeinschaften als Werkzeuge des Emanzipationskampfes der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete. Sie weisen daher auch die Illusion gewerblicher „Friedensverträge" im Sinne bürgerlicher Friedensschwärmer zurück."

Nach dieser Auffassung handeln auch die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen. Sie sind ganz offensichtlich bestrebt, die Dauer der Tarifverträge immer mehr abzukürzen, und verschiedene Gewerkschaften haben ihren Angehörigen direkt untersagt, Tarifverträge über zwei Jahre hinaus abzuschließen. Selbstverständlich in der wohlbegründeten Annahme, daß auf der Basis des bereits Errungenen sich weitergehende Forderungen leichter geltend machen lassen. So geht man kaum zu weit, wenn man schon heute in dem Tarifvertrage viel eher ein neues Kampfmittel der Sozialdemokratie als ein Friedensinstrument erblickt.

Diese Entwickelung wird man bei der Regelung der rechtlichen Seite des Tarifvertrages unter keinen Umständen außer Betracht lassen dürfen.

Todesfälle.

Wie der „Regensburger Anzeiger" meldet, ist der frühere Präsident der bayerischen Kammer der Reichsräte, Graf Lerchenfeld auf Koefering, Dienstag mittag gestorben.

Ludwig Graf von und zu Lerchenfeld wurde am 22. August 1837 geboren. Die Familie Lerchenfeld, von dem uralt freien Bajuvarenhofe Lerchenfeld am Donaugaue unterhalb Regensburg stammend, zählte unter ihren Vorfahren den bekannten Großindustriellen Lerchenfeld in Straubing, der 35 Güter sein eigen nannte und dessen unermeßliche Reichtümer ihn zum Gläubiger der spanischen und portugiesischen Könige, der bayerischen Herzoge, der freien Reichsstadt Nürnberg usw. machten. 1653 wurde die Familie Lerchenfeld in den Reichsfreiherrnstand, 1698 in den Reichsgrafenstand erhoben. Graf Ludwig Lerchenfeld begann seine Laufbahn mit juristischen Studien und wurde 1858 auf kurze Zeit der bayerischen Gesandtschaft in Petersburg als Attache zugeteilt. Schon 1859 durch den Tod seines Vaters zur Leitung seiner ausgedehnten Besitzungen und zur Nachfolge in die Reichsratswürde berufen, hat Graf Lerchenfeld sowohl in dieser Eigenschaft als auch auf landwirtschaftlichem Gebiete durch rege Mitarbeit Hervorragendes geleistet. Die Reichsratskammer wählte ihn bald zu ihrem Präsidenten. Der Prinz-Regent zeichnete die Verdienste des Grafen 1904 durch die höchste bayerische Auszeichnung, die Verleihung des St. Hubertusordens, aus. Seit Mitte der sechziger Jahre gehörte Graf Lerchenfeld auch dem St. Georgiritterorden an, um dessen Entwickelung und Betätigung auf humanitärem Gebiete sich der Graf hervorragend verdient gemacht hat. 1898 erfolgte seine Wahl zum Kapitularkomtur und nach dem 1903 erfolgten Tode des Grafen Konrad von Preysing die zum Kanzler dieses Ordens.

Der Chef des Generalstabes der bayerischen Armee, Generalleutnant Ritter von Endres, ist Dienstag mittag nach längerem schweren Leiden gestorben.

Karl Ritter von Endres war, nachdem er die 2. bayerische Feldartilleriebrigade kommandiert hatte, von Oktober 1901 bis März 1905 bayerischer Bevollmächtigter zum Bundesrat und ist als solcher im Reichstage oft hervorgetreten. 1905 wurde ihm das Kommando der 2. bayerischen Division übertragen, aber schon nach wenigen Monaten wurde er zum Chef des bayerischen Generalstabes und zum Inspekteur der Militärbildungsanstalten ernannt.

Pfarrbesetzungsrecht.

Ueber den von der Generalsynode beschlossenen Entwurf eines Kirchengesetzes betreffend das Pfarrbesetzungsrecht geht der „Nordd. Allg. Ztg." die Mitteilung zu, daß das Kirchengesetz nach der entscheidenden Auffassung der Staatsregierung der staatsgesetzlichen Genehmigung bedarf. Es handelt sich daher vorläufig nur um Vorschläge der kirchlichen Organe über die Neuregelung. Die Frage, ob und wann die staatsgesetzliche Genehmigung des Kirchengesetzentwurfes herbeizuführen sein möchte, wird von der Staatsregierung erst dann entschieden werden können, wenn die Provinzialsynoden von Rheinland und Westfalen, die voraussichtlich im Herbste nächsten Jahres sich mit der Angelegenheit befassen werden, über ihre Stellung zu dem Gesetzentwurfe Beschluß gefaßt haben. Sind auch die Rheinprovinz und Westfalen im § 7 des Kirchengesetzentwurfes in der bei derartigen Gesetzen üblichen Form nach Maßgabe der für diese Provinzen geltenden besonderen Verfassungsbestimmungen von der Vorschrift des Kirchengesetzes zunächst ausgenommen, so ist doch der Erlaß des Kirchengesetzes für den ganzen Bereich der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen beabsichtigt und konnte auch vom Standpunkt der Staatsregierung aus nur für diesen ganzen Bereich in Frage kommen. Die Erwägung der Staatsregierung, ob und unter welchen Maßgaben die staatsgesetzliche Genehmigung und damit die Beschlußfassung der Landesvertretung herbeizuführen ist, kann daher, wie bereits erwähnt, erst nach Abgabe des Votums der Provinzialsynoden der genannten beiden Provinzen eintreten.

Zum Prozeß Moltke-Harden.

Folgendes kleine Bild aus der Sitzung vom 21. cr. teilt die „Voss. Ztg." noch mit:

„Nachdem Herr Harden sich bereits auf die Erbprinzessin (von Meiningen) berufen hatte, erklärte er, an den Staatsanwalt gewandt: „Herr Oberstaatsanwalt, zwingen Sie mich nicht, auch noch den letzten Trumpf auszuspielen." „Bitte, Herr Harden, tun Sie es doch, und drohen Sie nicht!" versetzte zuversichtlich Dr. Isenbiel. Einstweilen hat der Angeklagte sein Glück mit dem letzten Trumpf nicht versucht. Ob er damit mehr Erfolg haben wird als mit seinen bisherigen Trümpfen, die allesamt überstochen worden sind? Augenblicklich richtet sich die Taktik der Verteidigung nur noch darauf, den guten Glauben des Angeklagten darzutun, an dem Beweis der Wahrheit für die erhobenen Beschuldigungen ist längst gezweifelt worden."

Interessant ist auch folgende Mitteilung der „Morgenpost":

„Bald nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit kam es auch zu einer bemerkenswerten Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Lehmann und dem Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel. Herr Isenbiel, hinter dessen konzilianten Formen die große sachliche Schärfe immer deutlicher hervortritt, war der Ansicht, daß sein Fragerecht vom Verhandlungsleiter nicht genügend respektiert werde, und machte seinen Standpunkt in sehr bestimmten Ausführungen geltend. Die Erwiderung des Vorsitzenden war kühl, aber doch einlenkend. Die gespannte Stimmung blieb aber bis zum Schluß der Verhandlung bestehen. „Habe ich nun das Wort, oder habe ich's nicht?" fragte Dr. Isenbiel einmal, bevor er sich an der Vernehmung eines Zeugen beteiligte."

Nach der „Köln. Ztg." trug sich diese Szene wie folgt zu:

„Verteidiger Justizrat Bernstein: Was verstanden Sie unter dem Leben, das Frau v. Elbe mit ihrem Manne nicht führen zu können vorgab? Zeugin Fräulein Rosenhauer: Familienleben. Sie sagte, wenn sie vor einem Schaufenster stehen geblieben sei, sei Graf Moltke weggelaufen, und habe sie stehen lassen. Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel: Was wissen Sie sonst noch? Zeugin: Es ist zu lange her, es steht ja aber alles in den Akten. Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel: Hier haben wir mündliche Verhandlung, was in den Akten steht, geht uns nichts an. Vors. (unterbrechend): Das möchte ich der Zeugin selbst sagen. Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel: Gewiß, jetzt aber frage ich; ich möchte die ganz bestimmte Erklärung des Vorsitzenden haben, daß ich nicht unterbrochen werde, wenn ich das Wort habe. Vors.: Dieses Recht haben Sie zweifellos. Oberstaatsanwalt: Dann bitte ich, es mir nicht zu beschränken, das lasse ich mir nicht gefallen."

Als Vertreter des Gerichtshofs wird sich nach neuerer Bestimmung nicht Landgerichtsrat Simonson, sondern der Beisitzer Assessor Langer nach München begeben, um den Professor Dr. Schweninger und dessen Gattin zu vernehmen. Ihm wird sich als Vertreter des Nebenklägers Justizrat Dr. Sello anschließen. Die Vernehmung wird am morgigen Sonnabend stattfinden. Da bereits für den nächsten Montag neue Zeugen vorgeladen worden sind, ist es in hohem Maße unwahrscheinlich, daß der Prozeß noch in diesem Jahre zum Abschluß kommt.

Deutsches Reich.

* **Das deutsche Kaiserpaar** wird der Wiener „Pol. Korr." zufolge im März n. Js. auf Korfu das griechische Königs- und Kronprinzenpaar als Gäste im Achilleion empfangen.

* **Das Kronprinzenpaar** gedenkt auch in diesem Winter, und zwar vor Beginn der Hoffestlichkeiten, sich auf etwa 12 bis 14 Tage nach St. Moritz zu begeben, um dort dem Wintersport zu huldigen. Die beiden Söhne des Kronprinzenpaares werden Berliner Blättern zufolge während dieser Zeit in Berlin bleiben.

* **Zur Präsentation für das Herrenhaus** anstelle des verstorbenen Fideikommißbesitzers Georg von Reinersdorf wurde Rittergutsbesitzer Heinrich von Salisch auf Postel gewählt.

* **Aus dem Flottenverein.** Wie zur Krisis im Flottenverein verlautet, wird Prinz Rupprecht von Bayern zu Neujahr zur Rücksprache mit dem Kaiser nach Berlin kommen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190712271-17/fragment/page=0001

* **Die Abteilung Berlin der Deutschen Kolonialgesellschaft.** Der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, hatte, wie von uns s. Zt. berichtet, die Abteilung Berlin wegen der Einberufung der Versammlung, in der die Flottenpolitik der Regierung kritisiert und der Rücktritt des Prinzen Rupprecht von Bayern erörtert wurde, getadelt. Die genannte Abteilung veröffentlicht nun folgende Erklärung:

„Der Vorstand der Abteilung hat am 21. Dezember 1907 einhellig beschlossen, daß gegen die in den Zeitungen veröffentlichte Erklärung des Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft über die von der Abteilung berufene öffentliche Versammlung vom 10. Dezember d. J. auf dem innerhalb der Gesellschaft und ihrer Organe gegebenen Wege Abhilfe gesucht werden soll."

* **Der Reichskanzler und die Heimarbeit.** Am Tage vor dem heiligen Abend ging der Hauptvorsitzenden des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands folgende Antwort vom Reichskanzler zu:

„Von den mir mit dem gefälligen Schreiben vom 10. d. M. übersandten Nummern der „Heimarbeiterin", insbesondere von den Artikeln über den zweiten deutschen Arbeiterkongreß, habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Seien Sie versichert, daß ich auf die Beseitigung der Mißstände in der Heimarbeit mit Entschiedenheit hinwirken werde. Mit der dem Reichstag in diesen Tagen zugehenden Gewerbeordnungsnovelle, welche auch Vorschriften für die Hausarbeit enthält, wird eine wichtige Grundlage für eine Verbesserung der Verhältnisse auf jenem Gebiete geschaffen. Die baldige Erledigung dieser Novelle werde ich mir ernstlich angelegen sein lassen. In vorzüglichster Hochachtung v. Bülow."

* **Staatbahnverwaltung und Kohlensyndikat.** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die „Berl. Neuest. Nachr." brachten eine Notiz, wonach die preußische Staatseisenbahnverwaltung für den mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat vereinbarten Preis von 12,35 Mk. für die Tonne Kohle nicht bestmelierte, sondern nur eine aufgebesserte Förderkohle erhält. Die Nachricht ist unrichtig. Das Syndikat hat für den genannten Preis bestmelierte Förderkohle zu liefern.

* **Die Verschuldung kleinerer Gemeinden.** Der Minister des Innern hat nach der „Dtsch. Z." eine Verfügung erlassen, nach der, um eine übermäßige Verschuldung der kleineren Gemeinden zu verhüten, kommunale Anleihen von der Regierung nur dann genehmigt werden sollen, wenn ihr Tilgungssatz mindestens 2½ v. H. beträgt.

* **Bestrafte antimilitaristische Propaganda.** Wegen Verbreitung der antimilitaristischen Schrift „Soldatenfreund" hatte sich der Schreiner Georg Link vor der Bonner Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte gab zu, in Beuel drei Exemplare der genannten Broschüre verkauft zu haben, will aber den Inhalt nicht gekannt haben. Der Staatsanwalt bemerkte, daß Link auch in der Kölner Anarchistensache die Hauptrolle spiele. Das Gericht erkannte nach der „Rh. W. Ztg." auf vier Monate Gefängnis.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Dem Pester „Lloyd" zufolge werden die Ausgleichsgesetze am 30. Dezember sanktioniert werden und am 1. Januar 1908 in Kraft treten.

Frankreich. Der Senat nahm das Budget des Innern an. Bei der sich anschließenden Generaldebatte über den Etat des Auswärtigen begründete Minister der Aeußern Pichon die französische Politik in Marokko, die keineswegs auf eine Eroberung abziele, und die allgemeine französische Politik, die nur die bestehenden Bündnisse und freundschaftlichen Verhältnisse aufrechtzuerhalten bestrebt sei.

Das Pariser Schwurgericht verurteilte den Antimilitaristen Hervé wegen Verleumdung und Beleidigung der französischen Armee zu einem Jahre Gefängnis und 3000 Fr. Geldstrafe.

Niederlande. Das Gesamtkabinett hat seine Demission gegeben.

Rußland. Der bekannte Feuilletonist der „Nowoje Wremja", Menschikow, wurde am Montag vom General Fock zum Duell gefordert, weil Menschikow in seinem letzten Feuilleton die wegen der Uebergabe von Port Arthur angeklagten Generale indirekt Verräter nannte.

Zum Handelsministerist das Reichsratsmitglied Andakow ausersehen. Andakow ist Direktor der südrussischen Eisenwerke und Zentrumsführer im Reichsrat.

Am 25. cr. begann der Prozeß gegen diejenigen Mitglieder der ersten Reichsduma, die den Wiborger Aufruf zur Steuerverweigerung und Nichtstellung für den Militärdienst unterzeichnet haben. Anwesend sind 169 Angeklagte; ei sind nicht erschienen, zwei inzwischen gestorben. Während der erste Sitzungstag vornehmlich mit der Erledigung von Formalitäten ausgefüllt war, wurde am 26. cr. in die Verhandlung eingetreten. Die Angeklagten Petrunkewitsch, Kokoschkin und Nabokow, die zuerst vernommen wurden, erklärten, ihre Handlungsweise sei nicht verbrecherisch, sie sei vielmehr ein politisches Kampfmittel gewesen, ebenso wie die Auflösung der Duma ein Kampfmittel gewesen sei. Sie hätten nur ihre Pflicht gegen ihr Volk erfüllt und würden für ihr Volk gern alle Strafen erdulden. Darauf wurden mehrere Mitglieder der Arbeitspartei vernommen, die aussagten, gern den Tod erleiden zu wollen, wenn nur das gegenwärtige Regime gestürzt würde. — Der Prozeß wird von der Presse eingehend besprochen. Die Blätter der Rechten triumphieren, weil verkappte Revolutionäre ihrer verdienten Strafe entgegengingen. Die Blätter der Oktobristen halten das Vorgehen der Regierung für unklug, obwohl der Wiborger Aufruf zu tadeln sei. Die Blätter der Linken greifen die Regierung heftig an, da durch ihr Vorgehen das ganze Volk beleidigt sei.

150 Agitatoren in Warschau, welche unter den Truppen revolutionäre Propaganda trieben, wurden verhaftet. Außerdem ist im Lokal der sozialistisch-revolutionären Kampforganisation eine Liste von 800 Persönlichkeiten beschlagnahmt worden.

Die hingerichtete Frau, welche das Bombenattentat auf den Generalgouverneur Hörschelmann in Warschau verübt hatte, ist nunmehr als die Frau des kürzlich hingerichteten Studenten Bjelanow agnoszziert, das Attentat stellt sich sonach als Racheakt heraus.

Serbien. Die Skupschtina nahm in erster und zweiter Lesung die Handelsverträge mit Belgien und Schweden an.

Portugal. Laut amtlicher Verfügung sind die Wahlen zur Deputiertenkammer auf den 5. April n. Js. anberaumt worden.

Marokko. General Lautey bestätigt in seinem Bericht an den französischen Kriegsminister die Vereinigung der beiden Kolonnen Branlières und Felineau. Infolgedessen ist die ganze von den Beni Snassen bewohnte Gebirgsgegend von den französischen Truppen umzingelt. — Bei Redaktionsschluß wird uns noch aus Paris gemeldet: Infolge einer Unterredung, die der französische Gesandte Regnault mit dem Sultan Abdul Asis in Rabat hatte, hat General Drude von neuem Befehl erteilt, die Kasbah der Medinas einzunehmen, die von den Rebellen besetzt gehalten wird und infolgedessen ein Hindernis für die Unterwerfung der Schauiastämme und die Wiedereinsetzung der scherifischen Behörden in Casablanca bildet. General Drude wird, wenn es erforderlich sein sollte, Verstärkungen erhalten.

Nordamerika. Das Entlassungsgesuch des Konteradmirals Brownson, des Chefs des Navigations-Bureaus, ist angenommen worden; Kommandeur Winslow wurde zu seinem Nachfolger ernannt. Es ist nicht bekannt gegeben worden, ob der Wechsel irgendwie mit der jüngst an der Flotte Geübten Kritik zusammenhängt.

China. Die Regierung hat am 24. cr. ein Edikt veröffentlicht, in dem die Einführung einer Konstitution angekündigt wird. Die Regierung bereite dieselbe vor, könne jedoch den Tag der Einführung noch nicht angeben, da sie nur schrittweise erfolgen könne.

Aus Nah und Fern.

700 000 Kronen gestohlen. Im Schlosse des Grafen Leonhard Starzenski in Potkamier bei Lemberg wurde eingebrochen. Die Diebe entwendeten Schmucksachen und andere Kostbarkeiten im Werte von 700 000 Kronen.

Leichenfund auf dem Bahngleis. Etwa 60 Meter vom badischen Bahnhof in Friedrichsfeld in der Richtung gegen Schwetzingen wurde kürzlich abends 11 Uhr auf dem Bahngleis die Leiche eines jungen Mädchens aufgefunden. Der Kopf der Leiche war vom Zuge der Länge nach durchschnitten und deshalb vollständig unkenntlich. Wie die nähere Untersuchung feststellte, waren die Pulsadern an beiden Händen geöffnet, so daß ein Verbrechen nicht ausgeschlossen erscheint.

Bilderfälschungen. Zwei bekannte Kunsthändler wurden in München verhaftet, da man in letzter Zeit mehrere Bilderfälschungen feststellte. Es sind außer den Namen französischer Meister die Namen von Lenbach und Böcklin gefälscht.

Attentat auf einen Eilzug. Auf den Eilzug Rheinau—Mannheim wurde kürzlich abends ein Attentat verübt. Die Kugel, die eine Scheibe zertrümmerte, hat glücklicherweise niemand verletzt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in einer Kasseler Familie. Der Mann, Postbeamter, hatte als Beruhigungsmittel gegen Zahnschmerzen aus der Apotheke Zahntropfen geholt, die stark mit Opodeldok versetzt waren. Als er einen Augenblick das Zimmer verließ, griff sein zweijähriger Knabe nach dem Fläschchen und trank es in einem Zuge aus. Das Kind verfiel sofort in heftige Krämpfe, die am nächsten Tage seinen Tod herbeiführten.

Nach dem Genuß eines Fischgerichtes erkrankten 20 Schwestern des Krankenhauses in Frankfurt a. M. unter schweren Vergiftungserscheinungen.

Genickstarre. In Münster i. Westf. ist ein Einjähriger an Genickstarre erkrankt und in das Garnisonlazarett eingeliefert worden. Die Militärbehörde traf umfangreiche Vorsichtsmaßregeln gegen eine weitere Ausbreitung der gefährlichen Seuche.

Der Talverkehr auf der Elbe nach Magdeburg und den Zwischenstationen Schönebeck, Wallwitzhafen und Aken sowie der regelmäßige Eildampferverkehr ab Hamburg ist infolge Gitermangels am Dienstag eingestellt worden.

Erdbeben. In Koland wurde Donnerstag früh um 3 Uhr 20 Minuten ein zehn Sekunden dauerndes Erdbeben verspürt.

Nebel. Wie wir unterm 24. cr. aus London erfahren, herrscht in Grimsby dichter Nebel. Die Schiffahrt ist völlig unterbrochen; der kontinentale Schiffsverkehr erleidet infolgedessen großen Schaden.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Landeshauptmann Bartels †.

Einen schweren, sehr schweren Verlust hat der erste Weihnachtsfeiertag unserer Provinz Sachsen gebracht. Mittags 12 Uhr entschlief in Merseburg sanft nach längeren Leiden der Kaiserliche Geheime Ober-Regierungsrat, Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Herr Ludwig Remigius Bartels im 62. Lebensjahre. Mit ihm geht eine der bekanntesten und markantesten Persönlichkeiten unserer engeren Heimat dahin. Er entstammte einer angesehenen Großgrundbesitzerfamilie und war ein Sohn unserer alten Saalestadt Halle. Nach beendeten Studienjahren widmete er sich der Verwaltungskarriere, war längere Zeit hindurch Landrat des Mansfelder Gebirgskreises, wurde dann Direktor der Landesfeuersozietät für die Provinz Sachsen und übernahm dann, nach dem Rücktritte des Freiherrn v. Wintzingerode, das ehrenvolle Amt des Landeshauptmanns in Merseburg, überall mit großen und reichen Erfolgen wirksam. Lange Jahre hindurch hat er auch als Abgeordneter dem preußischen Abgeordnetenhause angehört und zählte hier zu den angesehensten und verdienstvollsten Mitgliedern der deutschen konservativen Partei, wie er denn auch seit einer großen Reihe von Jahren als erster Vorsitzender der konservativen Partei der Provinz Sachsen sich unvergeßliche Verdienste erworben hat. Auch der Sächsisch-Thüringische Geschichts- und Altertumsverein betrauert bei seinem Tode den Heimgang seines Vorsitzenden. Eine ritterliche, überaus bornehm denkende, liebenswürdige Persönlichkeit ist mit ihm zum ewigen Frieden eingegangen, deren rühriges, unermüdliches Wirken und Schaffen dem Vaterlande und insbesondere unserer engeren Heimat stets zum Segen und zur Ehre gereicht hat. Sein Name wird niemals vergessen werden. Unserer „Halleschen Zeitung" hat der Verstorbene Zeit seines Lebens überaus nahe gestanden; wir verlieren in ihm einen aufrichtigen und opferwilligen Freund und Gönner, dem wir viele wertvolle und dankenswerte Anregungen und Förderungen verdanken. Auf das Wirken und die Bedeutung des echt deutschen Mannes, der immer im Dienste der Oeffentlichkeit und des Vaterlandes tapfer und stolz und klug und in den vordersten Reihen gestanden, werden wir noch eingehender zurückkommen haben. Die Trauerfeier für den Verewigten findet am Sonnabend, 28. Dezember, mittags 12 Uhr, im Ständehause zu Merseburg statt; die Beisetzung erfolgt in der Familiengruft zu Walbeck bei Hettstedt am Sonntag, 29. Dezember, 2 Uhr nachmittags. Have, cara anima!

*

— **Burg,** 26. Dez. (Erster Bürgermeister Kruspi †.) Am Sonnabend nachmittag ist der frühere Erste Bürgermeister und Ehrenbürger unserer Stadt, Ferdinand Kruspi, im Alter von 85 Jahren einem Schlaganfall erlegen.

— **Schierke,** 26. Dez. („Dauerschnee.") Am 24. d. M. setzte der erste Schneefall ein. Der Brockenbericht lautet: Dauerschnee.

— **Erfurt,** 26. Dez. (Aus dem Zuge gestürzt.) Ein auf dem Weihnachtsurlaub befindlicher Lazarettgehilfe aus Erfurt stürzte zwischen Webern und Sinalis aus dem Zuge. Er wurde tödlich verletzt dem Garnisonlazarett in Fritzlar eingeliefert.

Letzte Telegramme.

Wien, 26. Dezember. Wie in Parlamentskreisen verlautet, wird nach Neujahr eine Rekonstruktion des Kabinetts Beck erfolgen. In tschechischen Abgeordnetenkreisen hegt man die Erwartung, daß im Sinne des deutsch-tschechischen Ausgleichs die Tschechen ein weiteres Portefeuille im Kabinett erhalten werden.

Toulon, 26. Dezbr. Die Untersuchung über den Brand in den Warendepots hat ergeben, daß das Feuer durch verbrecherische Hand angelegt worden ist. Ein gewisser Bombanino ist als der Brandstiftung verdächtig verhaftet worden.

Suakim, 26. Dezember. Die Cholera-Epidemie macht Fortschritte. Es werden umfassende Maßregeln getroffen, um eine Verseuchung der Häfen zu verhüten.

London, 26. Dezember. In Rotford wurde der Vorsteher der Great Northern Eisenbahn-Gesellschaft William Egglesen verhaftet, der beschuldigt ist, bedeutende Warendiebstähle begangen zu haben. Auch sein Sohn wurde verhaftet. In den Wohnungen der beiden Verhafteten fand man große Mengen Waren von ungeheurem Werte.

San Francisco, 26. Dezember. Ein Meteor ist in der vergangenen Nacht in der Nähe von Belle Fontaine niedergegangen. Ein Gebäude wurde vollständig zertrümmert und in Brand gesteckt. Ein Engländer ist dabei umgekommen. Das Meteor fiel kurz nach Mitternacht, begleitet von einer heftigen Explosion und drang sechs Meter in den Boden. Er hatte einen Umfang von 9½ bis 10 Meter.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: **Dr. Walther Gebensleben;** für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: **Max Ebeling;** für Lokales: i. V.: derselbe; Schlußredaktion: **A. Berwecke,** sämtlich in Halle a. S.

Familien-Nachrichten.

Am ersten Weihnachtsfeiertage mittags 12 Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden mein inniggeliebter Mann, unser treuer Vater, Schwiegervater und Grossvater, der

Kaiserliche Geheime Ober-Regierungs-Rat, Landeshauptmann der Provinz Sachsen

Ludwig Remigius Bartels

im 62. Lebensjahre.

Merseburg, den 25. Dezember 1907.

Elisabeth Bartels geb. **von Treuenfeld,**
Malwine Niemöller geb. **Bartels,**
Elisabeth Scherz geb. **Bartels,**
Wilhelmine Bartels,
Heinrich Bartels, Regierungs-Referendar,
Ludwig Bartels, Referendar,
Walther Scherz, Landrat,
Wilhelm Niemöller, Reg.-Rat,
und **vier Enkeltöchter.**

Trauerfeier in Merseburg, Ständehaus, Sonnabend 12 Uhr.

Beisetzung Walbeck bei Hettstedt Sonntag 2 Uhr. Wagen auf Anmeldung Bahnhof Sandersleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190712271-17/fragment/page=0002